

DAS THEMA

Vor dem Landtag wurde „symbolisch die Demokratie unter den Schutzschirm genommen“, würdigte Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, die gemeinsame Aktion der Landtagsabgeordneten gegen einen von der NPD angekündigten Aufmarsch am 20. September.

In seinem Online-Tagebuch (<http://www.bodo-ramelow.de>) be-

Protest mit bunter Vielfalt

Thüringer Landtag mit No-Nazi-Aktionen und Filmabend

richtete der LINKEN-Politiker weiter: „Den ganzen Tag über gab es verschiedenste Proteste. Einerseits die Aktion mit den Schirmen, bei der alle Fraktionen gemeinsam auch optisch klarmachten, dass uns allen bunte Vielfalt lieber ist als braune Einfalt. Dann gab

Gefreut habe ich mich auch über die Worte von Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die sehr klar darüber sprach, warum die alltägliche Auseinandersetzung mit Rassismus so notwendig ist.“



es die direkte Gegendemonstration gegen die drei Dutzend Nazis, die sich rausgetraut hatten. Und abends wurde im Landtag der Film ‚Blut muss fließen – Undercover unter Nazis‘ gezeigt, in dem dokumentarisch die Nazi-Szene unter die Lupe genommen wird.

Im Film ist zu sehen, wie bei Nazi-Konzerten immer wieder zu Gewalt aufgerufen wird und wie sehr die NPD in dieses Geschehen involviert ist. Es war gut, dass zur Filmvorführung der Raum, in dem diese stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt war. Und das ist unser größter Sitzungssaal im Haus, in dem sonst der NSU-Untersuchungsausschuss tagt.

Fotos: Nach der gemeinsamen „Schutzschirm-Aktion“ mit Abgeordneten aller Fraktionen hatten sich die Parlamentarier der LINKEN mit ihren Schirmen noch einmal extra fürs Foto präsentiert.

Rund um den Landtag gab es am 20. September verschiedene Anti-Nazi-Proteste, an denen sich Abgeordnete – darunter zahlreiche Parlamentarier der Linksfraktion –, Gewerkschafter – neben der DGB-Landeschefin Renate Licht sprach auch Sandro Witt, der zugleich stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN ist –, sowie Initiativen gegen Rechtsextremismus beteiligten.

Flüchtlinge auf Protestmarsch nach Berlin am Erfurter Landtag

Seit dem 8. September befinden sich Flüchtlinge auf einem Protestmarsch von Würzburg nach Berlin. Mit dem Marsch quer über Länder- und Landkreisgrenzen machen sie unter zum Teil großer öffentlicher Anteilnahme auf ihre zermürbende Lebenssituation in Deutschland aufmerksam. Sie fordern die Abschaffung der Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, den ihnen zugewiesenen Regierungsbezirk oder Landkreis zu verlassen. Sie wenden sich gegen die Lagerpflicht, die sie zwingt, in Sammelunterkünften und unter oft menschenunwürdigen Bedingungen zu leben, und das nicht selten jahrelang.

Am 18. September hatte die Demonstration mit 19 Flüchtlingen in Erfurt vor dem Thüringer Landtag Station gemacht. Während eines Pressegesprächs informierten sie über die Hintergründe ihrer Aktion. Die Abgeordneten der Linksfraktion hatten sich schon im Vorfeld mit den Flüchtlingen und den von ihnen vertretenen Forderungen solidarisch erklärt. Einer Gruppe von fünf, sechs Neonazis, darunter NPD-Funktionäre, die das Pressegespräch stören wollten, wurde von anwesenden Aktivisten sehr schnell klar

gemacht, dass man ihre rassistisch motivierte Provokation oder Übergriffe auf die Flüchtlinge nicht dulden würde. Die Neonazis wurden schließlich von der Polizei abgeführt. „Der Thüringer Landtag ist genau die richtige Adresse, wenn gegen Diskriminierung etwa

den diskriminierend in die Grundrechte von Flüchtlingen eingreifen, war der LINKEN erneut Anlass, im Parlament mit entsprechenden Anträgen auf grundlegende Änderungen zu dringen. So will zwar die Landesregierung etwa das Flüchtlingsaufnahmegesetz entfristen,



durch die Residenzpflicht, menschenunwürdige Unterbringung oder das Asylbewerberleistungssystem protestiert wird“, erklärte Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Dass bestehende gesetzliche Regelungen keineswegs die Würde von Menschen schützen, son-

den, ohne aber strukturelle Missstände in der Landesflüchtlingspolitik auch nur zur Debatte zu stellen. Das macht die LINKE nicht mit. Neben eigenen Vorschlägen zum Flüchtlingsaufnahmegesetz hat sie einen Antrag zur Kostenerstattung an die Kommunen zur Diskussion gestellt und ausdrücklich die Initiative der Bündnisgrünen, in einer Bundesratsinitiative die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu fordern, unterstützt.

Aktuelle Informationen zum Protestmarsch unter:

www.refugeetentaction.net

KURZ UND PRÄGNANT

Gehindert statt ermutigt

„Es ist ein beschämendes Zeichen, wenn – wie am 29. September in Erfurt – die Polizei versucht, zivilgesellschaftlichen Protest gegen Neonazis durch Abriegelung und Platzverweise zu unterbinden und Menschen, die Neonazis mit Plakaten und Trillerpfeifen entgegenzutreten wollen, mit Identitätserfassung und Leibensvisitationen begegnet wird“, erklärte MdL Martina Renner. An einer Demonstration so genannter Freier Kräfte nahmen etwa 80 Neonazis aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt teil. „Es darf nicht noch einmal passieren, dass Neonazis durch die Stadt marschieren und der Eindruck entsteht, dass es scheinbar keine Menschen gibt, die dagegen aufbegehren, nur weil diese durch die Polizei am Protest gehindert werden. Das Agieren der Polizei steht im deutlichen Widerspruch zum Anliegen des Landtages und der Landesregierung, Menschen zu ermutigen, sich entschlossen gegen alle neonazistischen Bestrebungen zu wenden“, so Martina Renner, die damit an den Beschluss des Landtages vom 29. September 2009 erinnerte. Sie hat sich mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt. „Wenn dies nicht ausreicht, dann muss sich das Parlament mit dem Einsatz beschäftigen. Der Gefahr des Neonazismus zu begegnen, braucht engagierte und mündige Menschen, nicht aber eine Polizei, die demokratischen Protest gegen Neonazis als Störung für einen reibungslosen Ablauf empfindet.“

Verfehlte Äußerungen

Als „verfehlt“ bezeichnete Martina Renner Äußerungen des Innenministers Friedrich, der vor Neonazismus „in einigen Landstrichen Ostdeutschlands warnte“. „Der Neonazismus hat in der gesamten Bundesrepublik straffe Netzwerke gebildet“, so die Innenexpertin, die Mitglied im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss ist. Sie weist auf das Versagen der Sicherheitsbehörden sowohl im Bund als auch in den Ländern, „die nicht eine nur eine unselige Rolle bei der faktischen Unterstützung von rechten Strukturen durch Geld, Know-how und Logistik für Nazispieler gespielt haben, sondern auch militante rechte Strukturen lange verharmlosten“. Der Minister wäre gut beraten, sich endlich für eine schnelle und lückenlose Aufklärung der Neonazi-Mordserie und der Verstrickungen der staatlichen Geheimdienst-Apparate einzusetzen, den als untuglich erwiesenen Verfassungsschutz aufzulösen und zivilgesellschaftliche Kräfte gegen Neonazismus dauerhaft zu unterstützen, forderte Renner.